

# Neue Strassenverkehrsabgaben dürften es schwer haben

Die Zürcherinnen und Zürcher stehen neuen Strassenverkehrsabgaben mehrheitlich skeptisch gegenüber. Allfällige Gebühreneinnahmen müssten zweckgebunden sein, und der Staat sollte sie je nach Bedarf in das Verkehrssystem oder in die Umwelt investieren, damit sie akzeptiert werden. Dies zeigen die Resultate einer repräsentativen Umfrage.

Im Mikrozensus 2005 zum Verkehrsverhalten, einer Repräsentativbefragung des Bundes, wurden 633 Erwachsene aus dem Kanton Zürich zu ihren verkehrspolitischen Einstellungen befragt. Die Befragungsergebnisse zeigen, dass neue Strassenverkehrsabgaben wie höhere Parkplatzgebühren, Benzinpreiserhöhungen oder Zufahrtsgebühren ins Stadtzentrum bei der Zürcher Bevölkerung wenig Gnade finden. Einzig Tunnelgebühren sind mehrheitsfähig (Grafik rechts). Zürcherinnen und Zürcher, die ein Abonnement für den öffentlichen Verkehr (ÖV) haben, befürworten neue oder höhere Strassenverkehrsabgaben deutlich häufiger als jene, die keines haben. Besonders ausgeprägt ist dieses Muster im Fall von Benzinpreiserhöhungen: 39 Prozent der Befragten mit Abo sind dafür oder unter Umständen dafür, dass die Preise an der Zapfsäule steigen. Hingegen können sich nur 14 Prozent der Befragten ohne Abo für staatlich erhöhte Treibstoffpreise erwärmen.

## Klare Mehrheit für Zweckbindung

Befragt, wozu allfällige Einnahmen aus dem Strassenverkehr verwendet

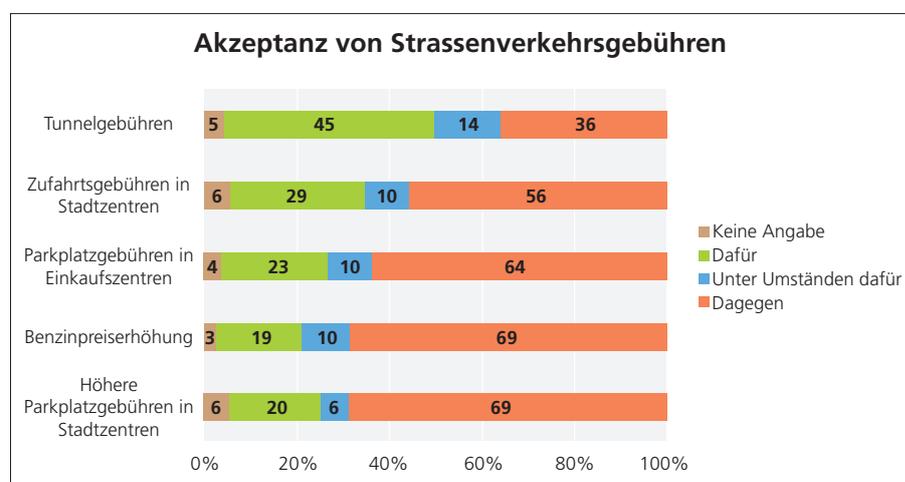
werden sollen, sprechen sich die Zürcherinnen und Zürcher klar für eine Zweckbindung aus – also gegen eine Einlage in die allgemeine Staatskasse (Grafik Seite 32). Sonst sind sie offen: Sie können sich vorstellen, das Geld je nach Bedarf in den Strassenverkehr, in den ÖV oder in den Fussgänger- und Veloverkehr zu investieren. Auch die Finanzierung von Umweltschutzmassnahmen kommt für sie in Frage.

Auch hier fallen die Antworten der Zürcherinnen und Zürcher anders aus, je nachdem ob sie ein ÖV-Abo besitzen oder nicht. So sind Personen mit Abo eher für Massnahmen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und für Umweltschutzanstrengungen als Personen ohne Abo. Genau umgekehrt ist es, wenn es um Verbesserungen im Strassenverkehr geht.

Das Geschlecht der Befragten spielt ebenfalls eine Rolle. Frauen sind eher als Männer bereit, Mittel aus Verkehrsabgaben in den öffentlichen Verkehr oder in den Umweltschutz zu investieren. Allerdings besitzen Frauen auch deutlich häufiger ein ÖV-Abo als Män-

Thomas Hofer  
Statistisches Amt des Kantons Zürich  
Postfach, 8090 Zürich  
Telefon 044 225 12 06  
thomas.hofer@statistik.ji.zh.ch  
www.statistik.zh.ch

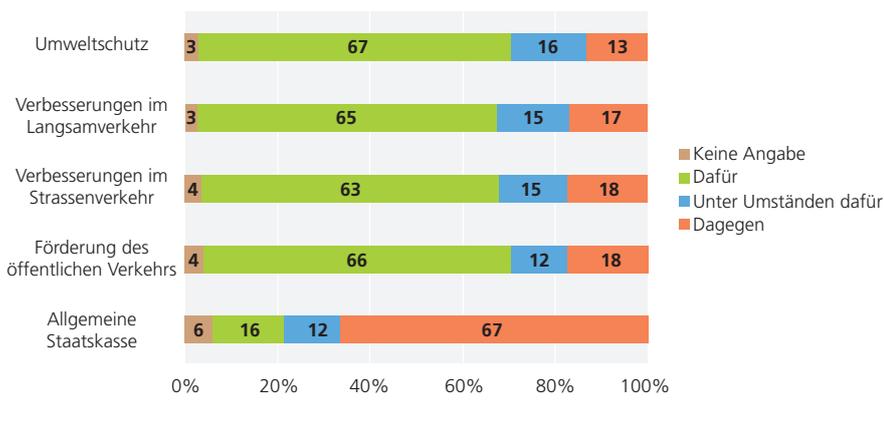
## Verkehr



59 Prozent der Befragten sind dafür oder unter Umständen dafür, dass die Benutzung von Strassentunnels etwas kostet. Andere Strassenverkehrsgebühren finden hingegen keine Mehrheit.

Quelle aller Grafiken: Mikrozensus Verkehrsverhalten 2005 (BFS/ARE)

### Verwendungszwecke von Einnahmen aus dem Strassenverkehr



**67 Prozent der Befragten sind dagegen, allfällige Einnahmen aus Strassenverkehrsgeldern in die allgemeine Staatskasse zu legen. Andere Verwendungszwecke finden hingegen komfortable Mehrheiten.**

ner, so dass sich hier zwei das Antwortverhalten bestimmende Faktoren überlagern. Es ist nicht ganz einfach herauszufinden, welcher der beiden Faktoren wichtiger ist. Die Resultate des Mikrozensus 2005 deuten jedoch darauf hin, dass der Abonnementsbesitz grundlegender mit den verkehrspolitischen Einstellungen zusammenhängt als das Geschlecht.

### Billigere Billette am meisten gefragt

Bei der Frage, wie der öffentliche Verkehr attraktiver gemacht werden könnte, wünschen sich die Zürcherinnen und Zürcher vor allem tiefere Billettpreise und mehr umsteigefreie Verbindun-

gen. Aber auch Taktverdichtungen und Reisezeitverkürzungen stehen bei vielen Leuten oben auf der Wunschliste. Weniger gefragt sind dagegen mehr Komfort oder verbesserte Sicherheit.

Je nach Alter haben die Befragten unterschiedliche Ansprüche an den öffentlichen Verkehr. Während Preissenkungen in allen Altersklassen erwünscht sind, sind Direktverbindungen für die Jungen zwischen 18 und 35 wichtiger als für die ältere Generation. Dasselbe gilt für Taktverdichtungen und für schnellere Verbindungen: Je jünger die Befragten, desto wichtiger sind diese Punkte. Umgekehrt ist die Sicherheit ein Argument, das mit zunehmendem Alter bedeutender wird. Besonders für Pensionierte wäre der ÖV attraktiver, wenn sie sich beim Reisen sicherer fühlen würden.

### Marktgläubige, Staatsgläubige und Pragmatische

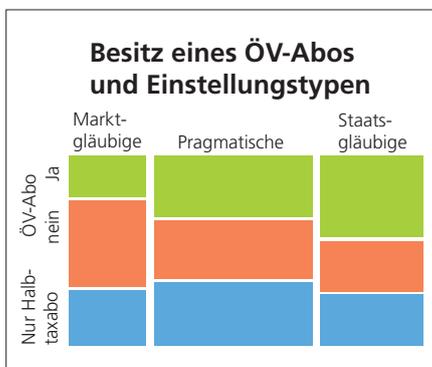
Aufgrund verbreiteter Antwortmuster lassen sich drei verschiedene Einstellungstypen identifizieren (Grafik links):

- Die Marktgläubigen machen rund 20 Prozent der Befragten aus und wollen das Verkehrssystem vor allem den Marktkräften überlassen.
- Knapp 30 Prozent der Befragten sind Staatsgläubige. Sie finden, der Staat solle im Verkehr Lenkungsmaßnahmen ergreifen.

- Letzteres finden auch die Pragmatischen, die gut die Hälfte der Befragten stellen. Im Unterschied zu den Staatsgläubigen sprechen sie sich allerdings strikt gegen nicht zweckgebundene Verkehrsabgaben aus. Die Tatsache, ob jemand ein Abonnement für den öffentlichen Verkehr hat oder nicht, ist – wie erwähnt – eng mit der verkehrspolitischen Haltung gekoppelt. So verwundert es nicht, dass Personen, die kein Abo haben, bei den Marktgläubigen deutlich übervertreten sind. Umgekehrt sind Inhaberinnen und Inhaber eines ÖV-Abos bei den Marktgläubigen unter- und bei den Staatsgläubigen übervertreten. Wer nur ein Halbtaxabo hat, das an sich keine Fahrkarte ist, aber zum Bezug verbilligter ÖV-Billette berechtigt, gehört dagegen eher zu den Pragmatischen.

### Fazit: massvolle staatliche Eingriffe

Eine Mehrheit der Zürcherinnen und Zürcher will das Verkehrssystem nicht allein den Marktkräften überlassen, sondern befürwortet massvolle staatliche Eingriffe. Die Förderung soll sich dabei, je nach Bedarf, auf alle Verkehrsträger erstrecken. Darüber hinaus soll sich der Staat auch für den Umweltschutz einsetzen. Neue Finanzierungsquellen für solche Massnahmen zu erschliessen, dürfte allerdings nicht ganz einfach sein. Verkehrspolitische Instrumente, die das Autofahren im Vergleich zu heute verteuern, werden es schwer haben. Und auch beim öffentlichen Verkehr scheint eine finanzielle Schmerzgrenze erreicht: der weit verbreitete Wunsch nach tieferen Billettpreisen spricht eine deutliche Sprache.



**Rund die Hälfte der Staatsgläubigen hat ein ÖV-Abonnement (die Flächen der einzelnen Rechtecke sind proportional zur Zahl der Befragten mit der entsprechenden Merkmalskombination).**

#### Weiterführende Informationen

statistik.info 02/2009. Verkehrspolitische Einstellungen der Zürcher Bevölkerung – eine Spezialauswertung des Mikrozensus 2005 zum Verkehrsverhalten. Online verfügbar auf der Website des Statistischen Amtes des Kantons Zürich: [www.statistik.zh.ch/statistik.info](http://www.statistik.zh.ch/statistik.info)